

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag aus Einzelabteilung
Grüßzeit 9-6 Uhr
Verleger: Demarco-Verlag GmbH
Berlin S.W. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2508-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Wahlkampf im Ruhrgebiet.

Für Annahme der Sachverständigen-Vorschläge.

Dortmund, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Angesichts des auf dem Landes leistenden Besatzungsdruckes und der wirtschaftlichen Unfruchtbarkeit, die durch das Problem der Weiterführung der Ricom-verträge vermehrt wird, konnte der Wahlkampf hier nur schleppend in Gang kommen. Jetzt beginnt sich das Bild zu ändern, und der Kampf belebt sich. Die sozialdemokratischen Wahlversammlungen der letzten Tage, in denen u. a. auch der frühere Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt an verschiedenen Orten sprach, wiesen einen überaus starken Besuch auf. Es ist zweifellos, daß diese Belebung des politischen Interesses auf die Berichte der Sachverständigen zurückzuführen ist, von deren Annahme die hitzige Bevölkerung ihre Befreiung von den gegenwärtigen unerträglichen Zuständen erhofft. Die sozialdemokratischen Redner treten überall für die Annahme ein und ernten damit lebhafteste Zustimmung. Es ist zu erwarten, daß diese frische Initiative der Partei günstig auf den Ausgang des Wahlkampfes wirken wird.

Bürgerliche Redner treten in den sozialdemokratischen Wahlversammlungen so gut wie nirgends auf, höchstens versucht es da und dort ein Volkshörer. Die Kommunisten dagegen unterlassen es nicht, die sozialdemokratischen Versammlungen mit Sprengkolonnen heimzuzuführen, die aber dem festen Widerstand des sozialdemokratischen Sozialismus begegnen. Selbst in ihrer Hochburg Gelsenkirchen mißlang ihr Anschlag auf eine sozialdemokratische Wahlversammlung vollständig. Auch so günstigen Vorzeichen sehen unsere Genossen dem 4. Mai zuversichtlich entgegen.

Konferenz der Alliierten.

Voranschließlich am 25. April.

Paris, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) In diplomatischen Kreisen rechnet man damit, daß die interalliierte Aussprache bereits in der nächsten Woche beginnen könne, wenn Deutschland sich im Laufe der Woche zur prinzipiellen Annahme der von den Sachverständigen empfohlenen Lösung bereit erklären sollte. Man glaubt, daß die englische Regierung zu diesem Zweck einen persönlichen Meinungsaustausch entgegen wird und die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen bereits um den 25. April herum zu einer Konferenz zusammenkommen werden. Von französischer Seite dürfte dann vermutlich außer der Reparationsfrage auch das Sicherheitsproblem aufgerollt werden, dessen wenigstens provisorische Regelung zu den Bedingungen gehört, von denen Frank-

reich die Annahme der von den Experten unterbreiteten Vorschläge abhängig machen will. Sowohl in England als auch in Frankreich ist verschiedentlich der Wunsch laut geworden, daß auch die Vereinigten Staaten an dieser alliierten Aussprache teilnehmen. Nach den aus Washington hier vorliegenden Nachrichten scheint dieser Wunsch in Washington auf keine Gegenliebe zu stoßen. Schon mit Rücksicht auf die bevorstehende Eröffnung des Wahlkampfes ist es wenig wahrscheinlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich zur Teilnahme an einer interalliierten oder internationalen Konferenz bereitfinden wird, wo ihre Gegenwart unsehbar zur Erörterung der Frage der interalliierten Schulden führen müßte.

Belgische Zustimmung zum Sachverständigenbericht.

London, 14. April. (WIB.) Dem Brüsseler Berichterstatter der „Times“ zufolge wird das belgische Kabinett den Beschlüssen der Reparationskommission vorbehaltlos zustimmen. Die belgische Regierung werde die baldige Zusammenkunft der Häupter der alliierten Regierungen vorschlagen, um die Fragen der Festlegung des Betrages der deutschen Schuld, der Verteilung der Zahlungen und der Sanktionen zu erwägen, die angewandt werden sollten, wenn Deutschland nach Zustimmung zu den Beschlüssen der Sachverständigen versuchen sollte, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Paris, 13. April. (WIB.) In offiziellen französischen Kreisen erklärt man, wie Havas feststellt, daß im Augenblick weder von einer Zusammenkunft von Poincaré mit Theunis noch mit Ramsay MacDonald noch von einer interalliierten Konferenz die Rede ist. Man sei der Ansicht, daß ein Meinungsaustausch verfrüht sei, bevor die Reparationskommission über die Durchführung des Planes der Sachverständigen nicht eine endgültige Entscheidung getroffen habe.

Vor Erneuerung der Ricomverträge.

Düsseldorf, 14. April. (WIB.) Die gestrigen Verhandlungen der Sachverständigen mit der Ricom, die um 10 Uhr vormittags begannen und bis 5 1/2 Uhr nachmittags dauerten, wurden durch die bekannte Entscheidung der Reparationskommission vom 11. d. M. erleichtert. Es wurde in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt, und es besteht die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die heute vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden, vor Ablauf des Vertrages zu einem Abschluß führen.

Die Faschistenwahl.

Nach der italienischen Kammererneuerung.

(Von unserem römischen Korrespondenten.) Rom, den 9. April 1924.

Es ist nicht eben interessant, dem italienischen Wahlkampf vom 6. April ein Nachwort zu schreiben, aus dem einfachen Grunde, daß es dem Vorwort ähnlich sein muß. Es war ein Wahlkampf, der die Möglichkeit der Ueberwindung ausschloß, denn zur Ausgleichung jedes etwaigen Mangels an „Zustimmung“ war ein Ueberfluß von „Gewalt“ in Bereitschaft, der jeden der herrschenden Partei unerwünschten Ausgang von vornherein daran hinderte, praktisch, d. h. in dem Resultat der Abstimmung in die Erscheinung zu treten. Unter diesen Umständen haben sich viele gefragt, wie sich denn die große Nervosität in Faschistenkreisen erklärt, die sich am Vorabend der Wahl sogar zu einem öffentlichen Dokument hinreißten ließ, das eine Widerrufung des Wahlgesezes enthielt: ein Communiqué des Pressebureaus der faschistischen Partei machte nämlich am Sonnabend bekannt, daß die für die faschistischen Minderheitslisten abgegebenen Stimmen bei der Berechnung des Prozentsatzes der Wähler zu den Stimmen der faschistischen Mehrheitsliste gezählt werden würden.

Man denke: das Gesetz setzt fest, daß die Mehrheitsliste 25 Proz. aller abgegebenen Stimmen erlangen muß, um durchzukommen. Die herrschende Partei stellt in vier von vierzehn Wahlkreisen Minderheitslisten auf, die doch der stärkste Mann nicht für ein und dasselbe wie die Mehrheitsliste halten kann, die nebenbei auch natürlich ein anderes Wahlabzeichen tragen: und die für diese zweite faschistische abgegebenen Stimmen, von der auch ein Kind der ersten Volksschulklasse versteht, daß sie der Gesamtzahl der Minderheitsstimmen zuzuzählen sind, sollen auf einmal der Mehrheit helfen, ihre 25 Proz. zu erreichen! Man muß schon eine wahre Heidenangst haben, um diesen Grad des Aburben ohne Brechreiz zu erklimen. Der Wahlausgang hat natürlich die Sache so gefügt, daß der Faschismus die tiefsten Möglichkeiten seiner Gesetzesverbrechung nicht ausschöpfen brauchte; immerhin soll man schon jetzt kein Augenmerk darauf richten, wie weitberig der Faschismus in der Auslegung des Gesetzes und des Buchstabens seiner eignen Gesetze vorzugehen bereit ist.

Für ein Witzblatt freilich stehen sich allerliebste Wahlartikel schreiben. In der Tat hat das politische Witzblatt in Italien wohl noch nie so hoch gefanden, hat noch nie so zwerchfellerschütternd gewirkt, wie in diesen Wochen. Wie in gewissen Zeiten die „Scham zu den Hunden flieht“, so flieht heute die politische Aufrichtigkeit in die satirische Presse. Ihr Material liefern ihr freilich die „jodernsten“ Blätter. Schreibt da z. B. die noch gar nicht lange zum Faschismus bekehrte „Tribuna“:

„Man kann sagen, daß diese Wahlen ohne Widerstreit stattgefunden haben. Die Oppositionsparteien hatten anscheinend auf alle Kränkungen verzichtet, die früher den Wahlkampf kennzeichneten, wie Versammlungen, Zeitungen, Reden, geistige Polemik. Die faschistische Partei war in greifbarer ungeheurer Uebermacht. Bei allen Wahlen gab es immer eine ministerielle Partei, die aus allen Kräften des Ministeriums Vorteil zog, aber die Unterstützung wurde nicht offen gewährt, sondern heimlich, unter der Hand, auf stillschweigende Weise. Diesmal war dagegen die ganze Organisation der Regierung ganz offen dem Faschismus zur Verfügung gestellt, ohne Hinterhalt, ohne Versäufelungen.“

Dann kommt das Blatt auf die Wahlergebnisse zu sprechen: „Bereinzelt Episoden der Unbuddsamkeit... aber weniger als bei anderen Wahlen. Viel Angst bei den Gegnern, zu viel, um den Wählern eine farbige Dekoration zu verleihen. Alle verschwand! Wer reden wollte, hat geredet, und keiner hat ihm ein Haar gekrümmt... Ein Idyll!“

Die „Tribuna“ führt dann weiter aus, daß dieser idyllische Zustand im Verein mit dem Grundgesetz des Wahlgesezes, nach dem die Mehrheit schon im voraus gewählt war, die Gefahr geringer Wahlbeteiligung in sich geschlossen hätte, aber auch diese Gefahr hätte die Energie der Regierung beschworen: die Wahlbeteiligung sei sehr hoch gewesen. Schließlich wird der Wahlausgang als „ein Sieg des gesunden Menschenverstandes des italienischen Volkes“ gepriesen!

Derartige Artikel sind unbedingt als Schmutzfeuerwerk der politischen Presse gegenüber den Witzblättern zu betrachten. Wie soll so ein armes Witzblatt die Sache noch ironischer darstellen? Es liegt uns fern, uns weiter in Einzelheiten des „Wahldylls“ zu vertiefen. Die Leser wissen aus früheren Korrespondenzen bis zum Ueberdruß, in welchem Geiste sich das Schächerpiel entrollte. Der Wahlkampf hat in Italien potentieller Gewalt stattgefunden. In den großen Städten ist wenig davon in Praxis umgesetzt worden; was auf dem Lande geschehen ist, ist zur Stunde noch nicht genau bekannt. Charakteristisch für die Form des ländlichen Wahlkampfes ist der nachstehende Bericht, den wir dem italienischen „Giornale d'Italia“ vom 7. April (Mittagsausgabe) entnehmen. Unter dem Titel „Ein Faschist getötet“ wird dem Blatte aus Avellino berichtet:

„In Ronivardo wurde der Faschist Leonardo Brescia durch einen Revolveranschlag von einem gewissen Capobianco getötet, dem Bruder des Professors Leonida Capobianco; es heißt, daß die Tragödie durch Repressalien veranlaßt wurde, die der Professor Capobianco von den lokalen Faschisten zu erdulden gehabt hat. In Baronio ist weiter der Bruder des Abolalen Concardi verhaftet worden, des Kandidaten der konstitutionellen Oppo-

Was diese Kammer an Unheil angestiftet hat, läßt sich noch gar nicht übersehen. Außenpolitisch war sie der Totengräber der jungen deutschen Demokratie. Es war das Verhängnis der deutschen Republik, daß in den schweren vier Jahren, in denen die deutsche Republik eines Mindestmaßes von Unterstützung oder wenigstens von Schonung bedurft hätte, um sich zu kräftigen und zu sammeln, sie drüber nicht dem geringsten Verständnis begegnet, sondern nur bloßem Mißtrauen und Haß.

Jetzt allerdings sieht das französische Volk allmählich ein, was seine Erwählten angerichtet haben, und ein Schrei der Empörung und des Elends ertönt in Nord und Süd, in Ost und West gegen diese unfelige nationalistische Mehrheit. Diese allerdings weiß, um sich zu retten, auf die wachsende reaktionäre Gefahr in Deutschland hin und bezeichnet diese als eine Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Politik; in Wirklichkeit verbannt aber die deutsche Reaktion ihre Auferstehung fast ausschließlich der französischen.

Jedenfalls ist ein Sieg der Rechtsparteien in Deutschland die letzte Hoffnung, die letzte Trumpfkarte des französischen Nationalen Blocks. Aus diesem Grunde haben Millerand und Poincaré die französischen Wahlen auf den 11. Mai, also acht Tage nach den Reichstagswahlen, festgelegt. Erfüllt sich ihre Hoffnung, zieht ein „Nationaler Block“ von Deutschnationalen, Deutschvölkischen, Deutschen Vorkämpfern — mit der indirekten Unterstützung einer auf Kosten der Sozialdemokratie erstarkten, lediglich Rabau machenden kommunistischen Fraktion — in den neuen Reichstag ein, dann wird das alte Spiel mit vertauschten Rollen fortgesetzt werden.

In Frankreich wird zwar die künftige Mehrheit jedenfalls vernünftiger und demokratischer sein als die vorige, sie würde aber nichts ausrichten können, mangels eines vernünftigen, gleichgesinnten Partners diesseits der Reichsgrenze.

In Deutschland würde der „Lokal-Anzeiger“ Reichstag zwar ebenso ideenlos, ebenso korrupt und ebenso zynisch sein als die gestern aufgelöste französische Kammer; aber sie würde sich nicht einmal auf die militärische Macht stützen können, sondern ihre einzige Waffe wäre das große Maul der „Vaterländischen“. Gegen diesen Reichstag würde sich die ganze Welt erneut zusammenschließen. Und wehe dann dem deutschen Volk!

Dieses würde aber seine Prügel verdient haben, denn es ist eindringlich genug gewarnt und belehrt worden über die Bedeutung des 4. Mai!

Die Maifeier in Oesterreich.

Wien, 13. April. (WIB.) Die sozialistische Parteileitung veröffentlicht in der Arbeitserklärung einen Aufruf zur Feier des 1. Mai unter der Parole der Aufrechterhaltung des Achtstundentages, der Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung sowie des Kampfes gegen den internationalen Faschismus.

Kammerauflösung in Frankreich.

Paris, 14. April. (WIB.) Kammer und Senat haben in Nachtstunden ihre Tagesordnung erledigt. Der Senat hat jedoch das Gesetz über die Verlängerung der Legislaturperiode auf sechs Jahre nicht mehr beraten. Die Kammer ist um Mitternacht aufgelöst worden.

Vor Vertiefung des Auflösungsdekrets hielt der Präsident Poincaré die übliche Rede auf die Arbeiten dieses Parlaments und erklärte zum Schluß: „Von ersten bis zum letzten Tage hat diese Kammer mit einem unerschütterlichen Willen, der, wenn es notwendig gewesen wäre, noch hätte verstärkt werden können, die unerschütterlichen Rechte Frankreichs betont. Frankreichs Ideal ist Gerechtigkeit und Einigkeit, Anhänglichkeit an die Republik und der Wunsch, daß das Land in das Parlament eine solide Mehrheit zurückführt, die nicht zerstören will, sondern entschlossen ist, dem Lande nützliche Dienste zu leisten.“

Damit hat nach viereinhalbjähriger Tätigkeit die Kammer des nationalen Blocks ihr Ende erreicht. Mit Recht ist von ihr gesagt worden, sie sei das reaktionärste Parlament Frankreichs seit 1830 gewesen. Aber schlimmer noch: Sie hat in Frankreich eine so unintelligente, so wirklichkeitsfremde, so korrupte und so zynische Mehrheit regiert. Ein nationalistische Welle von 1919 brachte eine Unmenge von Reulungen in das Parlament, die von Politik wenig und von Wirtschaft gar nichts verstanden und die sich zu blinden — oder auch bezahlten — Werkzeugen der reaktionärsten großkapitalistischen Kräfte machten: man stelle sich einen Deutschen Reichstag vor, der zu vier Fünfteln aus Lesern des „Lokal-Anzeigers“ bestehen würde. So ungefähr war das geistige Niveau dieser französischen Kammer. Kein Wunder, daß sie fast ausschließlich in der Hand einiger routinierter Geschäftspolitiker war, die die Interessen des Großkapitalismus, im besonderen der Schwerindustrie auf allen Gebieten der Politik und der Wirtschaft müheelos durchsetzten.

Gewählt unter der schlagwortartigen Parole: „Der Boche wird alles bezahlen“, verkündeten die Abgeordneten der Mehrheit dieses Versprechen dadurch zu erfüllen, daß sie den Gewaltpositivern freie Hand gaben. Sie richteten damit nicht nur Deutschland zugrunde, sondern schädigten ihr eigenes Land auf das schwerste. Erst in den letzten Monaten fing die Mehrheit an, abzubreiteln, als die verheerenden Folgen der Ruhrpolitik, von den Sozialisten müßig gebrandmarkt, immer deutlicher in Erscheinung traten. Ein großer Zug nach links ging durch das Land und mancher Erwähler des nationalen Blocks versuchte daher rechtzeitig den Anker nach links nicht zu verpassen. Daher die immer geringer gewordene Mehrheit der Regierung Poincaré und schließlich die Regierungskrise von Ende März.



fron. In der ganzen Provinz herrscht große Erbitterung, weil in zahlreichen Gemeinden sogar den Vertretern der Minderheitslisten die Ueberwachung der Wahlhandlung unmöglich gemacht worden ist. In anderen Orten haben die Wahlkabinen keine Anwendung gefunden, so daß die Abstimmung bei hellem Sonnenlicht stattfand, das noch nie die Gefilde Irpinens mit hellerem Glanz vergoldet hat.

Als Kostprobe dürfte das genügen; man hat noch Zeit, auf die gerichtlichen Anfechtungen des Wahlergebnisses, die nicht fehlen werden, zurückzukommen. Heute wollen wir bei der Lausache des „Sieges“ stehen bleiben, dessen Mittel wir als bekannt voraussetzen. Bei allen Zahlen der Regierungsliste, über deren Zustandekommen die „Tribuna“ so treuherzig aus der Schule plaudert, halte man vor Augen, daß sich die Begriffe des gezählten Stimmzettels nicht decken mit dem des abgegebenen, ebensowenig wie der Begriff des wahlberechtigten und sein Recht ausübenden Bürgers seinen Ausdruck in einer identischen Zahl von Wahlzetteln findet. Gar mancher hat gestimmt, dessen Wahlzettel sich bei der Abstimmung verflüchtigt hatte, während andere eine kanakenhafte Fruchtbarkeit betätigten. In Neapel verlief der Tag bis gegen 7 Uhr abends fast ohne Wahlbeteiligung; um 7 Uhr erschienen Rotten von Wählern mit Wahlscheinduplikaten; in Torre Annunziata haben mehrere Personen bis 50 mal gestimmt; in Formello (Latium) haben sich die Faschisten einfach der Urnen bemächtigt und ihnen den Volkswillen souffliert. („Voce Republican“ vom 9. April.)

Rum zum Wahlergebnis, dessen Zahlen schon bekannt sind. Da sind einige allgemeine Feststellungen voranzuschicken. Zunächst: daß die Kraft des Faschismus, wie bisher fast jeder Regierungspartei, auf dem Lande und in den kleinen Städten liegt, eben da, wo der Knüttel vor zwei Jahren am schärfsten gehaut hat. In der Stadt Mailand sind z. B. die Faschisten an Stimmzahl beträchtlich hinter der Gesamtsumme der sozialistischen, marxistischen und kommunistischen Stimmen zurückgeblieben. Bei rund 165 000 abgegebenen Stimmen erzielten die Regierungsliste 61 800, die sozialistische Einheitspartei 46 600, die Marxisten 21 800 und die Kommunisten 7000, also im ganzen 75 400 sozialistisch-kommunistische Stimmen gegen 61 800 faschistische; im Bewußtsein, die Minderheit in der Stadt darzustellen, sollen die Faschisten, die die Stadtverwaltung in Händen haben, zurücktreten, was sie natürlich nicht tun werden. Auch in Turin schließt die Regierung nicht gut ab, obwohl ihre Liste die der gesamten sozialistischen Parteien etwas übersteigt; hier ist die Hochburg Giolittis: Regierungsliste 29 000, Giolittis Liste 14 000, sozialistische Einheitspartei 13 500, Marxisten 4300 und Kommunisten 9700. Also 29 000 Regierungsstimmen gegen 27 000 Stimmen der „Umsturz“-parteien; im ganzen, die andere Oppositionslisten und Giolittis verbündete Opposition eingerechnet, erhebt die Opposition in der Stadt Turin 65,12 Proz. aller Stimmen. Rom hat seinen alten Grundlag, sich den Lebensbedingungen des Augenblicks anzupassen, befolgt und hat eine starke faschistische Mehrheit ergeben. Die riesigen phantastischen Mehrheiten kommen aber immer vom flachen Lande, was wohl die Vermutung nahelegt, daß diese Mehrheiten in dem Maße gewachsen sind, als die Wahlkontrolle obnahm.

Als weiteres Kennzeichen des Wahlergebnisses muß man das Polarisieren nach rechts und links unter Zerbreitung der vermittelnden Parteien hervorheben. An absoluter Stimmzahl haben — außer den Faschisten, deren Mehrheitslisten 4 265 000, deren Minderheitslisten 351 000 Stimmen zählen — nur die Kommunisten und die Republikaner einen Zuwachs zu verzeichnen, von 285 000 auf 304 000 die ersten, von 124 000 auf 129 000 die zweiten. Freilich spielt für beide der Zuwachs der neuen Provinzen eine Rolle (haben doch Venetien und Trient den Republikanern 39 000 Stimmen gegeben), aber er kann nicht annähernd die Folgen des Wahlergebnisses aufheben, der namentlich den Republikanern gegenüber sehr scharf war. Die beiden sozialistischen Parteien, die

bei den Wahlen von 1921 noch ungespalten waren, erzielten damals 1 594 000 Stimmen, während sie heute nur 766 000 erlangten, von denen 448 000 auf die Einheitssozialisten, 351 000 auf die Marxisten entfallen; unsere Zahl ist ungefähr auf die der letzten Vorwahlen zusammengeschrumpft, bei denen die Kommunisten noch nicht gespalten waren.

Von den 179 Mandaten der Minderheit werden 19 durch die faschistischen Doppellisten einfach weggestrichelt. Von den übrigen 160 kommen 65 (gegen 135 in der vorigen Kammer) auf die drei sozialistischen Parteien (23 Einheitssozialisten, 22 Marxisten, 17 Kommunisten), 39 (gegen 106) auf die Christlichen, 17 auf die Giolittianer, 12 auf die konstitutionelle Opposition, 11 auf die „sozialen Demokraten“ (gegen 41), 7 auf die Republikaner (gegen 8). Nichts ist verjüngt über 200 Faschisten und 114 Mitläufer aller Färbungen.

Der Allgemeineindruck ist bis heute der, daß die Faschisten mehr Angst hatten, als ihren Mitteln der Wahlmasse entsprach; ihr Zahlenresultat übertrifft offenbar ihre Erwartungen.

### Eine nationalliberale Reichswahlliste.

Die Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung in Berlin und Brandenburg haben gestern, wie die Montagausgabe des „Kölnischen Anzeiger“ meldet, Reichswahllisten für die vier Wahlkreise Potsdam I, Potsdam II, Berlin und Frankfurt a. O. aufgestellt, an deren Spitze die bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Morosoff und Preder von Lersner getreten sind. Damit sind die Nationalliberalen in Berlin und Brandenburg selbständig in den Wahlkampf eingetreten.

### Bayerische Krisenluft.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Reihe von Zuschriften, die beweisen, wie sehr es unter den Katholiken Bayerns kriselt. Man ist der Politik der Bayerischen Volkspartei seit langem überdrüssig und wüßte lieber nicht, wohin man sich wenden sollte. Eine der Zuschriften begrüßt den Entschluß des Zentrums, in Bayern eigene Kandidaten gegen die Bayerische Volkspartei aufzustellen, mit den Worten: „Endlich, endlich das befreiende Wort für uns Zentrumsanhänger in Bayern.“ Der Schreiber dieser Zeilen ist der Ansicht, daß die große Masse der bayerischen Katholiken zum alten Zentrum zurückkehren werde, wenn die Bearbeitung danach wäre.

Am beachtenswertesten ist eine Zuschrift des katholischen Dichters Leo Weismantel, der in der Zeit mit dem Zentrum veringelten Christlichsozialen Partei Bayerns eine führende Rolle spielt. Weismantel ist ein außerordentlich gemäßigter Politiker, der die Parteispaltung im christlichen Lager betämpft. Er schildert die Stimmung in Bayern folgendermaßen:

Vor kurzem ging die Nachricht durch die bayerische Presse, daß ein Abkommen zwischen Reichszentrum und Bayerischer Volkspartei getroffen sei oder getroffen werden solle, dem beim Zentrum verbliebenen Abgeordneten Hofmann in der Pfalz mitaufzustellen, wozu das Reichszentrum sich verpflichtete, von der Aufstellung eigener Kandidaten in Bayern abzusehen. Ich glaube, dem Reichszentrum einen Dienst zu tun, wenn ich offen sage, daß jene katholischen Kreise Bayerns, welche die Politik der Bayerischen Volkspartei nicht mitmachen können, ja durch die Wählerorganisation der Bayerischen Volkspartei bei den derzeitigen Wahlen abgesehen sich förmlich verweigert und entrechtet fühlen, so daß sie sich in die Reihen der Christlichsozialen Partei stellen, einen solchen „Kuhhandel“ als Verrat empfunden hätten, ganz zu schweigen davon, daß wir alles Vertrauen zum Reichszentrum hätten verlieren müssen, wenn seine Verteilung die Ziele der katholischen bayerischen Fragestellung so wenig erörnte hätte.

Daraus ist klar ersichtlich, wie stark die Empörung über die separatistische und partikularistische Politik der bayerischen Volkspartei auch unter den Katholiken Bayerns ist. Es ist bezeichnend, wenn es in einer weiteren Zuschrift heißt:

Sieht die Bayerische Volkspartei, daß es noch sehr weite Kreise innerhalb des katholischen Bayerns gibt, die mit dem Kurs ihrer Politik nicht einverstanden sind, dann dürste sie sich vielleicht doch bald eines Besseren besinnen. Und diese Kreise sind viel zahl-

reicher als manche glauben möchten. Wenn bisher in der Öffentlichkeit weniger davon zu merken war, so eben deshalb, weil wir keine Gelegenheit hatten, unserer Stimmung Ausdruck zu geben. Solange es kein Zentrum in Bayern gab, blieb für uns natürlich gar nichts anderes übrig als die Bayerische Volkspartei. Das wird ja nun anders werden.

Die Bayerische Volkspartei hat demnach mit ihrer Politik auch bei einem großen Teil der eigenen Wähler kräftig kontrariert gemacht.

Mannheim, 14. April. (W. B.) In einer aus allen Kreisen und Berufsständen der ganzen Pfalz außerordentlich stark besetzten Versammlung wurde die Gründung einer Zentrums-partei der Pfalz einstimmig beschlossen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Bürgermeister Dr. Steben-Deidesheim gewählt. In der Versammlung wurde als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl Abgeordneter Hofmann-Ludwigshafen aufgestellt. An den Reichstags- und den früheren Reichstags-Gebrüder wurden Begrüßungsgramme gesandt.

### Der antisemitische Stahlhelm.

Wie uns aus Schlesien geschrieben wird, läßt der angeblich unpolitische „Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer“, aus Schlesien die auszunehmenden Mitglieder folgende Erklärung unterschreiben:

Ich verleihe nach besten Wissen und Gewissen, daß ich bei jüdischen Blut in den Adern habe und mit Juden nicht verschwägert bin.“ Damit entpuppt sich der Stahlhelm wieder einmal als ein Co-wächter aus dem deutschschlechten Gassenparadies. Im übrigen möchten wir nicht untersuchen, wie viele Stahlhelms durch die Erklärung in die Klemme geraten. Wulle, Wulle, denk an deine Großmama!

Die Hauptversammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die am Sonntag im Herrenhaus tagte, nahm folgende Entschlüsse an: „Die aus allen Teilen Deutschlands anlässlich der Hauptversammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu einer Kundgebung im Herrenhaus versammelten deutschen Juden fordern alle vaterländisch Gesinnten auf, den Wahlkampf im Sinne des gleichen Rechtes für alle Staatsbürger und nicht mit den negativen Waffen des Hasses, der Invidiosität und der Hülfe zu führen. Trete jeder frei und offen seine Meinung, aber in kehr Bewußtsein, daß es für jeden Deutschen ein höchstes Gebot gibt: Einheit des Reiches und Wiederaufbau des Vaterlandes.“

### Der dritte Scheidemann-Attentäter gestellt?

Verhaftet und wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Kösliner Polizei hat am Sonnabend abend einen Stuben-maler namens Wilhelm Bauer aus Berlin-Treptow verhaftet, der sich selbst beklagt hat, an dem Attentat gegen den Kaiser Oberbürgermeister Gen. Scheidemann beteiligt gewesen zu sein. Bekanntlich ist das Attentat gegen Scheidemann bereits vor längerer Zeit Gegenstand einer Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof gewesen und die beiden Haupttäter Deichläger und Hufort sind damals zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Seit einigen Wochen hielt sich nun, wie Kerr. B. S. meldet, in Köslin der Arbeiter Bauer auf, der wegen verschiedener Straftaten aus Berlin gelassen war. Bauer mochte eines Abends in angekränktem Zustande seinen Arbeitskollegen Mitteilung davon, daß er an dem Attentat gegen Scheidemann beteiligt gewesen sei. Er habe die Blausäure aus München besorgt, mit der Deichläger Scheidemann zu töten versucht habe. Von einem Arbeiter wurde der Kösliner Polizei Mitteilung davon gemacht. Als die Polizei Bauer am folgenden Tag auf seiner Arbeitsstelle verhaften wollte, ergriff der Einbrecher die Flucht und verbarg sich bei einer Freundin. Dort hielt er sich während des ganzen Tages unter dem Pseudonym Bauer, wurde jedoch von einer Polizeistreife entdeckt und festgenommen. Bei seinem Verhör behauptete Bauer, er habe sich bloß als renomierte und ferne-meder Verkäufer nach Hufort. Da die Kösliner Behörde ihm eine direkte Schuld nicht nachweisen konnte, wurde der Verhaftete vorläufig auf freien Fuß gesetzt (1) und das Kaiserliche Gericht von dem Verfall verständigt.

### Wer weint um Stinnes?

Von Hans Bauer.

Vor diesem toten Menschen stehen wir in besonderer Eschütterung. Nicht des Menschen, sondern des Todes wegen. Denn wir sind ja alle so erdgebunden, daß ein geheimer Glaube in uns weilt, es sei dem Tode schmerzlicher, einen Wichtigen dieser Welt, als ein armeliches Häscherl zu fällen.

Ein klein wenig schwerer hat es der Tod bei Hugo Stinnes wohl gehabt als bei den armen Luders. Er ist auf allen Widerstand gestossen, den die beste und teuerste Arznei und ein berühmter und kostspieliger Professor entgegenzusetzen können. Aber er hat nach kurzem Befahren die Verteidigungslinien gestürmt und auf der Festung des zerfallenden Leibes die schwarze Fahne gehißt.

Da sind die Papiere der Siemens-Rhein-Elbe-Schwarz-Union und die von Kiebel, Montan und Geisenkirch und Deutsch-Luxemburg gefallen, und die Herren an der Börse haben schiefe Gesichter gezogen. In den Reihen der tendenzbestimmenden Faktoren wie Geldknappheit, Dividendenausfichten, Ullmochwierigkeiten ist der Stillstand eines Herzogs getreten.

Auf die Wirtschaft, für die dieses Herz zeitlebens geschlagen hatte, hat es noch im Augenblick seiner Auflösung einen Einfluß ausgeübt.

Auf andere Herzen nicht. Wir können um diesen Stinnes nicht trauern. Er hat nie das Leben der anderen gelebt, da erleben die anderen seine Todesstunde nicht. Niemand ist in die Winkel des Glanzes und der Dürftigkeit ein Schimmer seines Glanzes geflossen, da trifft auch seine Bohre kein Schimmer eines nach geborenen Auges.

Dieser Mann hat die Nation benutzt, und ist ihr nicht von Nutzen gewesen, er war an ihr interessiert und hat kein Interesse an ihr gehabt.

Mit dem Namen des Henry Ford ist in alle Zeit die Automobilisierung Amerikas verbunden. Henry Ford ist ein Schöpfer.

Stinnes ist ein Kaufmann. Er hat vertikal und horizontal konzentriert. Er hat verknüpft, verflochten und versponnen. Er ist in viele Duzend Gesellschaften, aber er ist nicht in unseren Alltag eingedrungen.

In der Familiengeschichte möge sein Name als der des Urhebers unendlichen Wohlstandes weiterleben. Wir teilen nicht sein Leid, denn er hat nie sein Glück mit uns geteilt.

Sein raffines Geschäftsmannsgenie hat nach seinem Worte dem Hofe seiner Kinder gegolten.

Wir wußten nur immer, daß es nicht dem deutschen Volke galt.

Da stehen wir heute beiseite und können an diesem Toten nur trauern, daß er die Zinnen des letzten Erdenglücks nie leuchten sah; er wäre sonst als etwas anderes als ein reicher Privatmann gestorben.

### Berliner Opernwirtin.

Otto Klemperer hat in Berlin vor einigen Tagen ein Konzert dirigiert und ist dabei hymnisch gefeiert worden. Das sei ganz und garig selbst. Bei dieser Gelegenheit kündigte er den Kontrakt mit Direktor Lange von der Volkoper. Dieser sehr rührige Mann hatte einen zweiten Kapellmeister, Dobromow, engagiert, ohne den präsidierenden Operndirektor Klemperer zu fragen; er hatte auch verschwiegen, daß ihm sein Haus, das Theater des Westens, im Prozeßweg streitig gemacht wird. Klemperer, der in Wien ein ausgezeichnete, selbstherrliche Position hat, wehrte sich gegen diese Berliner Unsicherheit durch Übung von einem Vertragserhältnis. Allerdings wird er, mit allen Nachschubmitteln ausgerüstet, gelegentlich in der Kontrakt eine Oper einstudieren. Das bedeutet aber lauter als absolute Freiheit auch außerhalb des Instituts. Soll sich ein Theater aber wirklich in künstlerische Höhe geleitet werden, soll hier mit der Staatsoper konkurriert werden, so muß ein Operndirektor an Haupt und Gliedern Wandlung schaffen, auf Organisation, Orchester, Sängern, Chor und Programm entscheidend und dauernd einwirken. Das ist aber bei der vorsichtig lockeren Verbindung Klemperers mit der Volkoper nicht zu erwarten.

Den begabten Szenar hat man inzwischen zum Teufel gesagt, und es ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen, daß — wie gemunkelt wird — Kiebel eine schon früher geplante Berufung Klemperers an die Staatsoper wirkt und mit Recht von sich abwehrt. Gerade an Kiebel sieht man, wach länger und intensiver Arbeit es bedarf, um an einem Opernhans Neues durchzuführen. Er hat nach sieben Monaten noch immer in den Vorbereitungen. Da will Klemperer in vier Wochen, so rasend, ein Staatstheater aus der Volkoper machen? Kann er künstlerische Kräfte aus dem Kerkel zu lösen? Seine Schlußzeit scheint mehr nach dem Podium hinzuneigen. Er schloß Vertrag über 10 philharmonische Konzerte ab; diese Arbeit, die's Kräfte an der Rawal des Philharmonischen Orchesters, reizt ihn. Und Kiebel schaut bei der Staatsoperanleihe als Spitzenkandidat der nächstjährigen Konzerte zu gelten. Wir hätten dann also zwei neue Konzertdirigenten, die sich dem Operndirektor zu gleicher Zeit entgegen in zweiter Linie widmen. Mit üblicher Sicherheit fährt die es ganze Kräfte zum weiteren Verfall der Oper.

Es soll in diesem Zusammenhang auch nicht verschwiegen werden, daß der Streik des Chor- und Ballettpersonals der Staatsoper die künstlerische Würde des Instituts nicht erhöht. Da die Streikenden zu Verhandlungen bereit sind, da ihre Konzentration nicht erodiert sind, da sie zudem um die höchsten Positionen ihrer Veteranen kämpfen, so wird das Ministerium ein übriges tun dürfen, um sich mit der Organisation zu einigen. Denn wo es lang kann man nicht alle Chor-pera sperren. Jeder gute Wille findet einen guten, schmerzenden Weg. Ein Chor der Staatsoper läßt sich nicht erregen, nicht schmecken. Kurt Singer.

Die Volkoper bereitet zurzeit das altnordische Märchenbild „Satanstanz“ in der Bearbeitung von A. Fruchtmann vor. Die bildhauerische Ausgestaltung wurde Edward Ehrig übertragen.

„Die Kessenden“ von Hermann Kestel. Im Badener Stadttheater fand die Uraufführung von Kestels Komödie „Die Kessenden“ als Abdruck eines modernen Dramenzyklus „Gesellschaft“ statt. Es ist das erste Lustspiel des Verfassers, dessen Dramen „Summa Summarum“ und „Die Brüder“ schon über viele Bühnen geschrieben sind. Der Gegenstand ist selbst genug. In einem einsamen Berg-hotel, dessen Gäste durch Erdbebennachrichten beunruhigt sind, gelingt es einem tüchtigen Hochstapler im Berlin mit einem anderen tüchtigen Halunken, dem Teufelhäufchen, eine Nacht lang den allgemeinen Wahn zu erwecken, die Erde sei in Erdbeden und Sturm zu untergehen und das Hotel am Fuß der Zinnbergsäge als Insel stehen geblieben. In diesem Zusammenbruch und dieser Verwirrung sollen alle Wästen. Die Habschwestern kennen Gedenken und Unterordnung nicht mehr; ihr toller Sabbath klingt von hinten in die Szene und läßt die ehemals stolzen Vertreter der Großmacht, Kessle, Börsle, Khat und Wissenschaftsblenden mitmischen. Sie sind die eigentlichen Leidtragenden, aber sie ergiebt der Verfasser die scharfe Sprache seines Witzes, die den Zuschauer nicht nur zum Lachen, sondern zu andauernder Nachdenklichkeit zwingt.

Der Dialog ist köstlich streng geführt, in einem schönen Rhythmus, der keinen Augenblick ins Triviale fällt. Die drei Akte begannen meisterlich; besonders der zweite, wo die gebrochenen Größen schon angeordnet in ihre Klüffeln gepflanzt sind, weckt das Baden im Zuschauer, bevor ein Wort gesprochen wird; die Spannung verliert sich nie und steigert sich zu glänzenden Ausschüßen. Die Aufführung war für das Badener Theater höchst ehrenvoll. H. B.

Tom Strohenbahnfahrer zum Premierminister. Die Wahlen in Südastralien haben wie aus Adelaide berichtet wird, mit einer Niederlage der liberalen Partei geendet, und damit ist auch die bisherige liberale Regierung gestürzt. Es besteht kein Zweifel, daß die Mitglieder der Arbeiterpartei ein neues Ministerium bilden werden, da sie die Majorität in dem neuen Parlament haben, und so wird der Nachfolger des bisherigen Premierministers Sir Henry Barmwell der Führer der Südaustralischen Arbeiterpartei John Gunn werden. Der 37-jährige Mann ist der Sohn eines Bauhewers der Orkney-Inseln, der von dort nach den Goldfeldern von Victoria auswanderte. Hier wurde ihm 1855 John geboren. Da der Vater früh starb, blieb die Witwe mit 9 kleinen Kindern zurück; John mußte schnell auf eigene Füße kommen und begann seine Laufbahn als Baujunge eines Dorfkaufmanns. Dann wurde er Redner in einem Leinwandgeschäft und kam 1903 nach Adelaide, wo er als Strohenbahnfahrer sein Brot verdiente. Auf diesem Posten schwang er sich rasch zum politischen Führer seiner Kameraden auf und organisierte den großen Streik der Strohenbahnfahrer im Jahre 1910. Sein Ansehen wuchs immer mehr, und jetzt wird er durch das Vertrauen seiner Kameraden dazu berufen, die Geschicke des Landes zu leiten.

Leo Gröben, der bekannte Ethnologe, behandelt am 17. April im Bühnenklub „Hintergründe des Ueberirdischen“ und nimmt hier zu den gesamten aktuellen Problemen der Gegenwart Stellung.



## Ministerpräsidenten-Konferenz.

Heute vormittag um 11 Uhr traten die Ministerpräsidenten der Länder mit der Reichsregierung zu einer Besprechung über den Sachverständigenbericht zusammen. Die Konferenz dauerte bis 1 Uhr und wird heute nachmittag fortgesetzt werden. Auch der bayerische Ministerpräsident v. Knilling nahm an der Beratung teil.

### Stressemann über das Gutachten.

Schneckenühl, 12. April. (WZ.) In einer hier abgehaltenen Versammlung führte der Reichsminister Dr. Stressemann in einer Rede über die politische Lage folgendes aus:

Die Regierung werde auf Grund des Erfahrens der Reparationskommission ihre Auffassung zu dem Gutachten der Sachverständigenkommission in den nächsten Tagen darlegen. Das Gutachten der Sachverständigen zeige unzweifelhaft das Bestreben, die deutschen Verhältnisse vom wirtschaftlichen Standpunkte aus zu erfassen, und sei von nüchternen geschäftsmäßigen Erwägungen bestimmt. Es stelle an die deutsche Bevölkerung die Anforderung, hohe Bürden auf sich zu nehmen und bei dem wichtigsten Stück des Reparationsmäßigen, der Reichseisenbahn, ausländische Mitwirkung zu gestatten. Wenn die Frage erörtert werden soll, ob Deutschland die Verantwortung für die Erfüllung dieser Bedingungen übernehmen soll, so ist dies nur möglich, wenn die wirtschaftliche, fiskalische und verwaltungsrechtliche Hoheit des Reiches innerhalb des Reichsgebiets voll wiederhergestellt werde. Nur unter dem Gesichtspunkt, daß die von dem deutschen Volke aufzubringenden Opfer in erster Linie der Bevölkerung des besetzten Gebietes zugute kämen und daß dem Deutschen Reich eine Periode ruhiger, friedlicher Entwicklung in gesicherten Grenzen deutscher Souveränität ermöglicht werde, könne das Sachverständigengutachten als sachliche Grundlage für eine Erörterung über die beantragte Mitwirkung an der Lösung der Reparationsfrage angesehen werden.

### Die Börse hoffnungsfreudig.

Die „freundliche Stimmung“, die bereits am Sonntagabend an der Börse hervortrat, hielt heute an. Die Wendung in den Rum-Verhandlungen wurde viel besprochen. Man bringt sie in einen gewissen Zusammenhang mit dem Bericht der Sachverständigenkommission und einer Aufnahme in deutschen Kreisen. Die Börse ist der Meinung, daß es sich nur darum handle, für kurze Zeit einen modus vivendi zu finden, bis durch die endgültige Regelung der Reparationsfrage auch die Angelegenheit der Sachverständigen gelöst ist.

Die Banken verfügten heute zum erstenmale seit längerer Zeit wieder über größere Posten von Anleihen für den Effektenmarkt, unter denen sich bemerkenswerterweise zahlreiche Ordres für ausländische Rechnung besonders auf Montanwerte befanden.

Am Geldmarkt ist eine gewisse Erleichterung zu spüren. Tägliches Geld war mit 1/4 Proz. pro Tag zu haben. Rentenmarktkredite, für die immer noch ein Satz von 3 bis 3 1/2 Proz. monatlich genannt wird, sind allerdings kaum zu bekommen. Eine gewisse Beruhigung macht sich an der Börse geltend, da die vielfach erwarteten weiteren Zahlungsschwierigkeiten und Erfassungen ausbleiben.

### Martow-Gedenkfeier.

Umweht von den stimmungsvollen Melodien der russischen Revolutionslieder, die vom Gemischten Chor Groß-Berlin vorgelesen wurden, klangen gestern durch das Stadthaus Hilferdings, Crispian und Abramawitschs Gedenkworte, die dem verstorbenen Führer der russischen sozialdemokratischen Partei, Martow, gewidmet waren.

Dieser Führer, sagte Hilferding, ist dem Weltproletariat auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit allzu früh entzogen worden. Er, der Sprach des Bürgers, kam zur Sozialdemokratie zu einer Zeit, als das einfache Volkensinn zum Sozialismus Jahre Gefängnis und Verbannung kostete. Für ihn, wie für seine Generation von Intellektuellen bedeutete der Sozialismus geistige Befreiung von allen Fesseln und die Weisse in diesem Freiheitskampf konnte nur der wissenschaftliche Marxismus sein. Sein Leben war voll Tragik und Heroismus. Als Schriftsteller war ihm, so geistreich und geistvoll er sein konnte, jede Delinquenz abhelfer fremd. Aller Kompromißfesseln, befeh er die Freiheit einer bewundernswürdigen sozialpolitischen Analyse. So erkannte er, daß der Bolschewismus nicht nur die Folge der ökonomischen Rückständigkeit des agrarischen Rußlands war, sondern daß seine Wurzeln tief in Rußland und im Weltkrieg zu suchen sind. In Halle war er es, der Sinowjew, der Verkörperung der Gewalt und des Terrors, als Dämon entgegenzutreten und die ganze Leidenschaft seiner Ueberzeugung und seine gebrochenen physischen Kräfte dafür einsetzte, um dem internationalen Proletariat die sozialpolitischen Tiefen des Bolschewismus zu offenbaren und es vor dem Weg zu bewahren. Zu gleicher Zeit trat er gegen die auswärtige Intervention als einen Versuch, mit bewaffneter Macht die russische Revolution niederzuwerfen, ein. Er sah im Bolschewismus eine Krise im Bewußtsein des Proletariats und wurde zum Führer dieses Bewußtseins. Und als Volkstäter gehörte er nicht zu denen, denen gleich Lenin Anwerkselbstzweifel zu stellen: dessen Element war die Macht, die Gewalt. Martow gehörte die Einsicht — sein war die geistige Tat. Er begriff, daß der Bolschewismus zu einem Rückgang in den kleinbürgerlichen Kapitalismus führen würde. Er hatte keine Ironie auf die Zukunft, denn er wußte, daß sie dem russischen und dem Weltproletariat gehört. Deshalb konnte er auch, als er im Rußland sein Heim verloren hatte, es wiederfinden in der sozialistischen Internationale. Crispian Hilferding Martows Bedeutung für die Internationale. Es war nicht zum geringen Teile ein Verdienst, daß das internationale Proletariat sich dem Diktat Moskaus nicht unterwarf. Der Bolschewismus wurde nur zu gut, daß allein der Anschlag des westeuropäischen Proletariats an die Dritte Internationale sie erst zur wahren Internationalen machen konnte. Er befürchtete aber andererseits, daß dieser Anschlag Moskaus Diktatur brechen würde. Deshalb stellte er seine 21 Bedingungen auf, die zurückgewiesen wurden. Abramawitsch umriß darauf klar und lug die Stellung Martows zum russischen Revolution. Als vor dreißig Jahren Martow gemeinsam mit Lenin die russische Sozialdemokratische Partei ins Leben rief, stand ein völlig unentwickeltes Industrieproletariat dem großen Meer des kleinbürgerlichen Bawerentums gegenüber. Darin lag die Gefahr für die Entwicklung des marxistischen Sozialismus in Rußland. Als es denn schon im Jahre 1903 zur Spaltung kam, standen sich Lenin und Martow klar gegenüber. Lenin glaubte, daß die Arbeiterklasse, sich selbst überlassen, auf dem Wege vorwärts müßte, und wollte die Sozialdemokratische Partei deshalb zum Diktator über die Massen erheben und lehnte wieder der Diktatur des Zentralkomitees unterstellen. Martow dagegen verstand die Masse als Trägerin der Bewegung, der gegenüber der Partei nur die Führerrolle zukomme. Das war das Prinzip der Demokratie.

Wenn jetzt Martow — so schloß der Redner — von Tausenden beweiht aus dem Leben gegangen ist, an Lenins Grab oberhalb eines Nachbarn in Bewegung gesetzt, Millionen verbedenklerten, so wird trotzdem das Weltproletariat und das Proletariat Rußlands seine zukünftigen Steps unter der weisen Führung Martows erringen. — Unter den hochbewehrten Kämpfern der Internationale schloß die Kundgebung, die viele deutsche und russische Genossen vereinigt hatte.

## Die Tote im Neuen See.

### Augenfall oder Verbrechen?

Ein noch unauflöslicher Rechenfund beschäftigt die Kriminalpolizei. Mehrere Passanten machten in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag kurz vor 1 Uhr eine Streife der Schöppe bei einem dunklen Gegenstand aufmerksam, der in dem jählichen Arm des Neuen Sees im Tiergarten, gegenüber dem Stadtbahnhof Tiergarten auf dem Wasser trieb. Mit langen Stangen schickte man danach und zog eine weibliche Leiche ans Ufer, die erst ganz kurze Zeit im Wasser gelegen hat. Andere Passanten meldeten sich und gaben an, daß sie ebenfalls nur kurze Zeit vorher einen Streit zwischen fünf Strahendeninnen beobachtet hätten. Vier von diesen schlugen auf eine fünfte ein. Die Kriminalpolizei wurde alarmiert und die Leiche ins Schauhaus übergeführt. Hier wurde sie als eine 37 Jahre alte, aus Danzig gebürtige Frau Anna Schmidt, die in der Lehmannstr. 32 wohnt, festgestellt. In der Zwischenzeit wurden die vier anderen Frauen ermittelt, die an der beobachteten Schlägerei beteiligt waren. Sie wurden festgenommen und geben nun auch zu, daß die fünfte Person, auf die sie eingeschlagen hätten, die Ertrunkene gewesen sei, sie bestreiten aber, Frau Schmidt ins Wasser gestoßen zu haben. Es ist auch möglich, daß Frau Schmidt selber ins Wasser gefallen ist, da sie und die anderen Frauen angetrunken waren. Die vorläufige gerichtliche Besichtigung der Leiche liefert keine Spuren äußerer Gewalt. Es zeigte sich nur eine geringe, nicht durchgehende Verletzung am Kopf, die aber wahrscheinlich von den Stranden herrührt, mit denen die Tote aus dem Wasser gefischt wurde. Das Fehlen äußerer Verletzungen beweist allerdings immer noch nicht, daß Frau Schmidt nicht ins Wasser gestoßen ist. Die vier Frauen befinden sich noch im Gewahrsam der Kriminalpolizei. Sie müssen erneut vernommen werden, weil sie gestern noch nicht nüchtern waren. Alle fünf haben von Sonnabend nachmittag an in einem Getöse in der Bachstraße dauernd gezecht, so daß sie endlich fest flinkes betrunken waren. Sie waren schon im Tiergarten aufgefunden, bevor die Leiche der einen gefunden wurde. Zur weiteren Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Quos im Postgepräbium, Zimmer 95, Mitteilungen entgegen.

### Demokraten unter sich.

Zu recht merkwürdigen Zwischenfällen kam es in einer demokratischen Wählerversammlung am letzten Sonntagabend in der Stadthalle. Als Redner des Abends fungierte Professor Gerland, Jena, bekannt durch seine eifrige Mitarbeit an der Schöpfung des Thüringischen Ordnungsblocks. Als dann in der Debatte ein Vertreter des republikanischen Jugendbundes Schwarz-Rot-Gold um das Wort bat, wurde ihm das vom Versammlungsleiter, Herrn Stadtverordneten Merzins, verweigert. Auf diesen Protest gegen diese Art von demokratischer Abgrenzung wurden die Vertreter des republikanischen Jugendbundes vom Sozialdemokratischen Parteivorstand aus dem Saal gedrängt. — Wenn wir recht unterrichtet sind, ist der streitbare Herr Merzins derselbe, der am 18. März eine Kränzniederlegung am Grabe der Märzgefallenen im Namen der demokratischen Rathausfraktion ableschte.

### Stinnes' Einäscherung.

In den heutigen Vormittagsstunden machte sich in der Berliner Straße zu Wilmersdorf ein lebhafter Verkehr anlässlich der Einäscherung Hugo Stinnes' bemerkbar. Vor dem Wilmersdorfer Krematorium hatte sich in den frühen Morgenstunden eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden. Schupo zu Fuß und zu Pferde ordnete den Verkehr. Im Vorgarten des Krematoriums sind zwischen Verbrennkammern Frühlingstulpen eingepflanzt auf einem Grund von Kränzen und Blumen. Derunter befindet sich der Kranz der Reichsregierung mit der schwarzroten roten Schärpe. Um 11 Uhr fuhren zwei Wagen vor einem Seiteneingang des Krematoriums vor, und heraus stiegen Vertreter der Kränze der Stinnessechen, um in ihrer historischen Tracht am Seitenanfang Aufstellung zu nehmen. Pünktlich 1 Uhr nahte der Wagen mit dem Sarg, der die sterbliche Ueberreste barg. Neben dem Sarg saß war die schwarzweiße Fahne der Stinnessechen gebreitet. Nachdem sich die nächsten Angehörigen in das Krematorium begeben hatten, nahm die Feier ihren Anfang.

### Unsere Wählerversammlungen.

In Karow referierte vor zahlreichen Zuhörern die Landtagsabgeordnete Gertrud Kule Wähler. Sie sprach in großen Umrissen die Politik der Sozialdemokratie seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung. Die Führung der Parlamente zwang zur Koalition mit bürgerlichen Parteien, sollte überhaupt Bestehen für die Arbeiterklasse erreicht werden. Die Sozialdemokratie braucht sich ihrer Arbeit nicht zu schämen. Wie Anger, von rechts ebenso wie von links können die Tische nicht aus dem Welt schaffen, daß Hilferding der Vater der Währungsreform ist, und von der antiken Regierung legten Endes eine Außenpolitik getrieben wird, die auch die Sozialdemokratie in ihren Grundfragen stets kritisiert hat. Eine andere Politik ist unmöglich. Deshalb ist es notwendig, am 4. Mai durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmpapiers für eine feste Kandidatur unserer Partei zu sorgen. — In Eichwalde referierte Gertrud Kule. Sie schilderte die Tätigkeit der Sozialdemokratie im verflochtenen Reichstage, ihre jahrelangen Bemühungen um die Stabilisierung der Währung und wie sie so oft das allgemeine Volkswohl dem Parteinteresse überordnet. Ganz besonders appetitliche sei an dem gefunden Sinn der Frauen. Durch Zwischenrufe offenbarten einige Anwesende ihre Grollverleumdung. Als die Referentin darauf verwies, daß die Frauen durch Verleihung des Wahlrechts vollwertige Staatsbürgerinnen geworden seien, rief eine „bessere“ Frau: „Nehmt!“ — Ein Kommunist rief, daß man lieber mit ganz rechts als mit der Sozialdemokratie gehen würde. So viel Dissenstherapie haben sogar seinen eigenen Verdachten etwas Uebelchen zu bereiten. In der Diskussion verurteilten ein Deutschnationaler und ein Kommunist der Sozialdemokratie alles Mögliche an der Kandidatur zu häufen, ohne jedoch bei den Versammelten irgendeinen nennenswerten Widerhall zu erwecken.

Ueberfall auf Versammlungsteilnehmer. Dieser Tage fand eine Versammlung der Deutschpolitischen in dem Lokal Königsplatz, Große Frankfurter Str. 117, statt. Die Versammlungsteilnehmer gingen nach Schluß der Versammlung gegen 12 1/2 Uhr in kleineren Trupps nach allen Richtungen auseinander. 28 Personen wurden, als sie die Kreuzung der Heiden- und Jordanstraße Straße überquerten, von unerwartet ankommenden Tätern überfallen und beschossen. Dabei trafen der 23 Jahre alte Bill Köster aus der Heidenstraße 26 eine Schusswunde im Rücken und der 19jährige Franz Altek aus der Volkmundstraße 30 eine Oberschenkelwunde davon. Die beiden Verletzten wurden nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain geschafft, wo sie Aufnahme fanden.

Die Eröffnung der neuen Nord-Süd-Straße verschoben. Wie die Direktion der Hochbahn-Gesellschaft aus mittelt, kann die Eröffnung der neuen Straße der Nord-Süd-Wohn vom Halleschen Tor bis Gneisenaustraße nicht, wie vorhergesehen, schon morgen, sondern aus betriebswirtschaftlichen Gründen erst in einigen Tagen erfolgen.

Die Straßenbahnlinie 93 wird nach Herstellung der Gleisverbindungen im Zuge der Wiener Straße am Ödlicher Bahnhof ab 15. April bis zum Rathaus-Trentow verfahren und die Linie 16, Ödlicher Bahnhof-Trentow-Rathaus, bis befehungsweise bis zur Herstellung der erwähnten Gleisverbindungen einseitig war, eingestellt.

Glückseligkeit der Senatsverordneten über Ostern. Die zu Karfreitag und den beiden Osterferien d. J. nächsten Sonntagstagen haben vom Grundonnerstag, 17. April, 12 Uhr mittags, bis Ostermontag, 21. April, Glücklich. Die Rückfahrt muß vor Mitternacht vom 21. zum 22. April angetreten werden.

## Grubenunglück bei Mährisch-Ostrow.

### 14 Arbeiter getötet.

Auf dem Gabriela-Schacht in Karwin ereignete sich bei Demantierung eines Stüzes eine heftige Explosion von Kohlengas im Innern des abgestürzten Stüzes. Bei der Explosion sind 13 Arbeiter und ein Aufseher ums Leben gekommen. 8 Arbeiter wurden schwer verletzt.

Eine weite Meldung bringt: Nach der Explosion auf der Gabriela-Schacht in Karwin sammelten sich in der 22. Schicht neun Sprengkräften an, die heute nachmittags explodierten. Eine fürchterliche Explosion erfolgte im Förderstrecke Nr. 1, erschütterte die ganze Unterstruktur des Fördersturms und verursachte einen Brand der umliegenden Ganggeschürbe. Alle Nachbargebäude, Sockeln, Waldinnehöhlen und Wohnungsbände wurden beschädigt. Die Maschinen im Maschinenhaus blieben aber unversehrt. Auf große Entfernungen wurden durch den Aufbruch Fenster scheiben zerklüftet. Menschensopfer hat die neue Explosion nicht gefordert. Durch Glas splitter wurden sechs Personen leicht verletzt. Die Möglichkeit einer neuen Explosion ist nicht ausgeschlossen. Der größte Teil des Grubenfeldes ist vom Brande erfaßt und wird überschwemmt. Die Gabriela-Grube, die der Berg- und Hütten-Gesellschaft gehört, hatte die größte Förderung von allen Gruben und lieferte über 200 Millionen Kohle jährlich. Die Förderung auf der betroffenen Grube der Gabriela-Grube ist auf lange Zeit vollständig ausgeschlossen. Die Wunden und Verletzungen der Grube wird den übrigen der gleichen Gesellschaft gebörenden Gruben zugeteilt werden.

Die Sommerhitze in England ist heute früh 2 Uhr in Kraft getreten. Die englische Zeit stimmt also nunmehr mit der französischen wieder überein.

Sieben Tote bei einem Gewittersturm. In Barcelona hat gestern das Gewitter der im Bau befindlichen Untergrundbahn aus unauflöslicher Ursache plötzlich nachgegeben. Durch die entstandene Deffnung stürzten die Arbeiter ab. Insgesamt sind 7 Arbeiter getötet und 26 verletzt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

47. Mt. Colnet Walfischfischen im Bureau, Wochenr. 3 (Zimmer 7), abholen. 107. Mt. Walfischfischen, Dienstag, 16. April, abends 8 Uhr. Funktionsträger beim Genossen Oden, Gartenstraße.

## Sport.

### Rennen zu Karshorj am Sonntag, den 13. April.

1. Rennen. 1. Altmüller (Ruh), 2. Kolb (Schimme), 3. Blauschwarz (Doll). Toto: 14:10. Platz 11, 13:10. Ferner lief: Della.
2. Rennen. 1. Duffel (Dr. Freese), 2. Garmann (H. v. Roden). Toto: 11:10.
3. Rennen. 1. Buchmann (Dietz), 2. Balgung (R. Schüller), 3. Hubel (S. Streit). Toto: 19:10. Platz 15, 19:10. Ferner liefen: Blaggen, Spiritist, Lavinia.
4. Rennen. 1. Bergen (Dietz), 2. Kemling (Sanger), 3. Ortn (Zyber) angehalten. Toto: 17:10. 3 liefen.
5. Rennen. 1. Sittner (Edler), 2. Leiz (H. Thiel). Toto: 13:10. 2 liefen.
6. Rennen. 1. Quelling (Edler), 2. Koldphus (Kate). Toto: 23:10. Platz 12, 11:10. Ferner liefen: Lalla gel., Galant gel.
7. Rennen. 1. Gullit (Dr. Schilling), 2. Heiberg (H. v. Velger), 3. Golar II (Dr. Waller). Toto: 18:10. 3 liefen.

Die gestrigen Rennen auf der Dignimbahn mußten infolge der schlechten Witterung abgelehrt werden. Der nächste Rennen findet am 1. Osterfesttag, nachmittags 3 1/2 Uhr statt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Was die Kommunisten schreiben.

#### Und was die Landarbeiter sagen.

Vom Verhandlungsstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben:

Die kommunistische Presse behauptet, die Landarbeiter Medienburgs hätten sich seit einmütig der kommunistischen Landarbeiterpersone angegeschlossen und der „Bureaufraße“ des Deutschen Landarbeiter-Verbandes den Stuhl vor die Tür gesetzt. Ein Beweis für die Richtigkeit dieser Meldung seien die acht Landarbeiter-Konferenzen, die kürzlich auf Veranlassung der Kommunisten in allen Teilen Medienburgs stattfanden. Hier sei von mehr als 600 Landarbeiter-Delegierten aus 300 medienburgischen Landorten der unerlöschliche Wille zum Ausdruck gebracht worden, wie ein Mann hinter dem zu stehen, was die Kommunisten wollten.

Dieses Geschrei verfolgt nur den Zweck, den kürzlich ins Leben gerufenen kommunistischen „Land- und Waldarbeiter-Verband“ bei seinen Gemütern in empfehlende Erinnerung zu bringen. In Wirklichkeit denken die medienburgischen Landarbeiter nicht im geringsten daran, die Kommunisten zu Treuhändern ihrer Interessen zu machen.

Der gewerbliche Verhandlungsstand setzte sich in der Hauptsache aus kommunistisch gesonnenen Industrie-Arbeitern zusammen; das Landarbeiterelement war nur sehr schwach und in den meisten Fällen aus Gründen der Neugierde vertreten. Dafür konnte aber der Deutsche Landarbeiter-Verband am 6. April zwei große Goutkonferenzen veranstalten, in denen 700 bis 800 Delegierte aus fast sämtlichen medienburgischen Ortsgruppen vertreten waren. Die Versammlungen beschäftigten sich mit den neuesten Lohnkämpfen und dabei auch mit dem Vorgehen der Kommunisten. Die Antragsstellung wurde in einer auf beiden Konferenzen fast einmütig angenommenen Resolution zum Ausdruck gebracht, die in den entscheidenden Stellen folgendes sagt:

„Die Versammelten sprechen ihrer Organisationsleistung und der Begeisterung ihr volles Vertrauen aus und erklären ausdrücklich, daß sie mit dem unverantwortlichen Schreiben der Kommunisten nichts gemein haben wollen, weil nachweislich bisher überall, wo die Kommunisten gewirkt haben, vieles für die Landarbeiter verloren gegangen ist und sich die Lebenslage vieler Kollegen durch unentscheidliches Vorgehen verschlechtert hat.“

Der Verlust der Kommunisten, die in Resto verammelte Goutkonferenz in ihre Gewalt zu bringen, ist völlig vorbeizugelungen. Raus mehr als 70 Personen leisteten ihrer Aufforderung Folge, sich an einer Vorbereitungsversammlung zu beteiligen, die die Taktik für die Goutkonferenzen festlegen sollte.

Die kommunistische Presse wird sich nach dieser Vorgängen damit abfinden müssen, der Lüge überführt werden zu sein.

### Die Lüge als Kampfmittel.

Berücksichtigt bemühte sich die „rote Fahne“, die tägliche Rolle der kommunistischen Sonderorganisation der Eisenbahner zu verschleiern und zu beschönigen. Das Blatt kommt heute mit Zitaten aus der „Volkszeit“, die der „Bourgeois“ mit ihm führen mußte und versucht durch Gegenüberstellung aus dem Zusammenhang gerissener Stellen auf künstlichen Wege Widersprüche zu konstruieren, um die ihm peinliche Angelegenheit, in der es Streikbruch bedie, auf ein anderes Gele zu schieben. Die Art, wie das kommunistische Blatt zitiert dokumentiert es an einem besonderen Beispiel. Es zieht in die Diskussion über die Oppositionsgruppe der kommunistischen Eisenbahner den Streik im Lübecker Hochseebereich hinein.

Unter Lübecker Parteivorstand, der „Lübecker Volksbote“, hat in dem Kampfe gegen das Hochseebereich eine Bekanntmachung der Werke zitiert, die die Arbeiter auffordert, bis Sonntag, den 6. April, die Arbeit wieder aufzunehmen. Selbstverständlich nur deshalb, um die Arbeiter aufzufordern, sich nicht darauf einzulassen.



